

ARBEITERZEITUNG

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Hitler noch nicht ganz Reichskanzler!

Berufung durch Hindenburg steht unmittelbar bevor — Nazi-Diktatur als „legale Präsidentsregierung“ — Wiederholung der italienisch. Verfassungskomödie von 1922!

Arbeiter, Antifaschisten, verhindert durch Massen-
druck in letzter Minute die Katastrophe!

Zur Stunde, wo diese Zeilen in Druck gehen, am Mittag des 12. Verfassungstages der Weimarer Republik, ist Hitler, der Oberbefehl der faschistischen Terrorpartei, noch nicht zum Führer der Diktaturregierung berufen! Aber in wenigen Stunden soll er es sein!

Während die bestehende Diktaturgewalt gegen die zusammengezogenen Haufen der faschistischen Partei den Staatsapparat noch in Verteidigungsstand versetzt, die Regierungsbürokratie von mit Karabinern bewaffneten Polizeieinheiten beschützt, die Geschütze der Reichswehrartillerie in Polizeipräsidien in Stellung bringt und verlaublich läßt, daß von einem Marsch auf Berlin und Putschabsichten der Nazis bei den „zuständigen Stellen nichts bekannt sei“, während die Spitzen der Behörden noch Verfassungsfeiern abhalten und die republikanische Presse behauptet, daß der Reichspräsident keinesfalls entschieden sei, und besonders nicht geneigt, unter dem Druck der SA-Drohungen Hitler zum Reichskanzler seiner Regierung zu berufen, — steht bereits fest, daß diese Berufung in kürzester Frist dennoch durch Hindenburg erfolgen wird!

Bis gestern wurden offiziell Vorverhandlungen mit Hitler überhaupt abgestritten. Dann mußte plötzlich zugegeben werden, daß der General Schleicher mit Hitler bei Dresden diese Verhandlungen geführt hat. Heute wird noch bestritten, daß die Entscheidung mit der legalen Berufung Hitlers bereits gefallen sei.

Aber diese Entscheidung ist bereits gefallen!

Aus den gut unterrichteten Kreisen um die Reichspräsidentenkanzlei berichten die Hugenberg-Journalisten:

„Immer mehr gewinnt eine Kombination Raum, die ernsthaft mit der Möglichkeit einer Kanzlerkandidatur des nationalsozialistischen Parteiführers rechnet. Die Nationalsozialisten sind bereit, den Charakter des „überparteilichen Kabinetts“ zu erhalten, wenn Adolf Hitler Reichskanzler, Gregor Strasser Innenminister, Hauptmann Goering Reichsverkehrsminister, der jetzige Reichskanzler v. Papen Außenminister wird. Der jetzige Außenminister, Herr v. Neurath, wird wieder den Botschafterposten in London übernehmen und Herr v. Gayl Oberpräsident von Ostpreußen werden. Der deutschnationale Parteiführer Hugenberg ist zum Wirtschaftsminister ausersehen. Hitler soll gleichzeitig Reichskommissar in Preußen und Strasser stellvertretender Reichskommissar anstelle von Dr. Bracht werden.“!!!

Der Reichspräsident verhandelt durch Herrn von Papen nur noch um die „Garantien“ für den „Schutz der Verfassung“, den „überparteilichen Charakter“ dieses „Präsidentenkabinetts“ und über die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik, deren Grundlage Ermächtigungsgesetze sind

die Vertagung des Reichstages zunächst auf ein halbes Jahr.

Nur über diese Garantien gibt es noch Schwierigkeiten... Herr v. Hindenburg ist „zur Stunde noch nicht geneigt, den nationalsozialistischen Vorschlägen in vollem Umfang zuzustimmen“. Auch die letzten am Mittwoch stattgehabten Unterhaltungen zwischen Schleicher und Hitler haben nicht alle diese Schwierigkeiten überwunden. Besprechungen mit den Parteiführern des reaktionär faschistischen Blocks und des Zentrums sollen diese letzten Schwierigkeiten beseitigen...

Das ist der Stand der Dinge heute.

Die Lage ähnelt um ein Haar den Entscheidungsstunden vor der Berufung Mussolinis 1920 in Italien! Auch damals wurde Mussolini in ein Koalitionskabinett berufen, nachdem er noch während des Marsches auf Rom die „orthodoxeste Verfassungsmäßigkeit“ beschworen hatte. Auch damals setzte ein Teil des Staatsapparates — in Italien die Krone — bis zum letzten Augenblick der Berufung Mussolinis Widerstand entgegen! Auch damals entschied die Generalität für die Berufung Mussolinis, der „zur Verantwortung“ herangezogen werden sollte, zusammen mit den Führern der bürgerlichen Parteien, mit den italienischen Zentrumsleuten, den Populären und sogar den italienischen Demokraten, die in das erste Kabinett eintraten, in dem Mussolini nur mit zwei anderen faschistischen Ministern vertreten war. Auch damals sollte mit diesem Kabinett der Faschismus von der Blutbahn seiner terroristischen Attentate und Strafexpeditionen zum legalen Werkzeug der herrschenden Klasse, zum Schutz ihrer Verfassung herangezogen werden.

Auch damals war die gesplittene italienische Arbeiterklasse ohnmächtig und zum Widerstand gegen die Gefahr unfähig. Sie konnte nicht einmal die ganze Gefahr, „Eine parlamentarische Episode“ urteilen die ultralinken Kommunisten und eine „Heranziehung der Abenteurer zur Verantwortung“ urteilten die Reformisten. Beide sabotierten sie die gemeinsame Abwehraktion...

So ungeheuerlich es klingt, — es ist nur eine Tatsache, daß 10 Jahre nach den Lehren des Marsches auf Rom, nach 10 Jahren faschistischer Schreckensherrschaft in Italien, sich jetzt in Deutschland mit seiner in der Mehrheit proletarischen Bevölkerung die faschistische Machtergreifung, beinahe in Einzelheiten wiederholt, vollziehen soll! Als hätte es die italienischen Lehren nicht gegeben und als wären die blutigen Gburiswehen des Dritten Reiches der letzten Monate nicht verspürt worden.

Der schon für die Hitler-Diktatur in allen Einzelheiten vorbereitete Ausnahmezustand, die gestern erst veröffentlichte Schreckens-

Justizverordnung knebeln die Arbeiterklasse, sie verhindern auch uns, in aller Klarheit auszusprechen, was ist.

Aber in einer vielleicht auf Jahre entscheidenden Schicksalsstunde rufen wir der deutschen Arbeiterklasse zu: Wehrt mit gemeinsamen Kräften in letzter Stunde ab, daß in Deutschland der letzte Schritt auf dem Weg zur

unauffhaltsamen Wiederholung der italienischen Katastrophe getan wird!

Auch die Schreckensnotverordnungen können nicht verhindern, daß sich sofort noch in dieser Stunde alle Arbeiterorganisationen und alle Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen zur gemeinsamen Abwehr der Gefahr zusammen tun!

Monarchisten - Aufstand niedergeschlagen

Kapitulation der Aufständischen in Sevilla

WTB, Madrid, 11. August.
Die aufständischen Truppen in Sevilla haben sich, wie die Agentur Fabra meldet, ergeben. General Sanjurjo ist geflohen, wie man annimmt, nach Portugal.

Hinrichtung aufständischer Offiziere in Spanien?

WTB, London, 11. August.
Aus Madrid wird gemeldet, die Regierung habe Befehl erteilt, daß ein General, der gestern in Madrid zusammen mit vier ande-

ren Offizieren verhaftet wurde, bei Tagesanbruch erschossen werden soll. Der Name des Generals sei nicht bekannt. Weiter wird gemeldet, daß auch zwei andere in die Bewegung verwickelte Offiziere erschossen werden sollen. — Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Generalstreik

WTB, Paris, 11. August.
Nach einer Agenturmeldung aus Madrid sollen die Arbeitergewerkschaften von Sevilla und Umgegend den Generalstreik erklärt haben, um die Aktion der Aufständischen zu unterbinden.

Polizei- und Justizterror beginnt - Attentate lassen nach

Noch zittert die Erregung über die faschistische Attentatserie der letzten 24 Stunden nach. — Und schon häufen sich offizielle Terrormaßnahmen — gegen Antifaschisten!

Kommunistische Zeitungen, das „Echo des Ostens“ in Königsberg, die „Arbeiter-Illustrierte“ und andere kommunistische Zeitungen, werden auf 10 Tage bis vier Wochen verboten!

Kommunistische Funktionäre, wie der Kölner KPD-Funktionär Eckerts, werden verhaftet.

Kommunistische Kundgebungen am Verfassungstag, wie die beabsichtigte Kundgebung der Antifaschistischen Aktion im Berliner Sportpalast, verboten.

Die Gerichte — noch nicht die Standgerichte — verhängen drakonische Urteile über Kommunisten, die in den letzten Kämpfen sich gegen die faschistischen Terroristen zur Wehr setzten. So verurteilte die Strafkammer in Bartenstein (Ostpreußen) Kommunisten zu zwei Jahren Gefängnis mit der Begründung, daß den Terrorakten endlich ein Ende gemacht werde. Soweit sich die Angeklagten noch auf freiem Fuß befanden, wurden sie sofort verhaftet.

Kommunistische Zusammenkünfte werden in verschiedenen Bezirken ausgehoben und als Konferenzen des verbotenen Roten Frontkämpferbundes deklariert. So bei einer Riesenrazzia in Hamburg, wo die „Gaulitung“ des verbotenen RFB entdeckt worden sein soll.

In Schneidemühl wurden zwei kommunistische Arbeiter erschossen, zwei andere schwer verletzt, die Hetzmeldung sagt, sie hätten einen greisen Förster angegriffen, als er sich zur Wehr setzte, habe er in der Notwehr die Kommunisten erschossen. Aus einer anderen Darstellung aber geht hervor, daß Nazis ein Strafgericht ausübten.

In Leipzig wurden Funktionäre des RFB, die im September vorigen Jahres in Hagen verhaftet worden waren, ebenfalls mit mehrjährigen Festungsstrafen verurteilt. In Erlangen seien Reichswehrosoldaten von Kommunisten angegriffen worden, die Meldung wird in größter Aufmachung verbreitet, was dahinter steckt, ist noch gar nicht zu entscheiden.

Alles dies, damit so rasch wie möglich der Eindruck der bestialischen Attentate der Nazis aus den letzten Tagen verwischt wird.

Verfassungstag

Geburts- und Leichenfeier. Im eigentümlicher Zutat hat es gehört, das heute am 11. August 1932 dreizehn Jahre nach Verkündung der „besten Verfassung der Welt“ die staatlichen Behörden unter Führung der Herren von Hindenburg, von Papen und von Gayl den Verfassungstag feilich begehen und zu gleicher Stunde die Hindenburg, Papen und der „Verfassungsminister“ Gayl auf dem Sprung sind, Herrn Hitler zum Reichskanzler zu berufen, ihm und seinen Kumpanen Strecker, Goring mit der dahinter stehenden SA- und SS-Armee die ganze Staatsmacht auszuliefern.

Ganz legal die Staatsmacht demselben Hitler, dessen von ihm nur verschwiegenes Ziel ist, die Weimarer Verfassung sofort — ganz legal natürlich — in Scherben zu schlagen und die blutige, unverfüllte, faschistische Diktatur aufzurichten.

Wie ist das möglich? Wie können — so werden die wirklich Gläubigen der Weimarer Verfassung, allerdings heute nicht mehr offen, sondern ganz leise im stillen Kämmerlein, ausrufen — wie können die Herren Hindenburg, Papen, Gayl und Schleichler, die doch die Verfassung feilich beschworen haben, jetzt dem ausgesprochensten Verfassungsfeind die Staatsmacht ausliefern?

Nun Ignoranten, vor dem notwendigen Kampf zitternde und ausweichende demokratische Heulweiber können so die Finge stellen. Wer konsequent politisch denkt und handelt, der weiß, daß an Treuschwären und papierenen Paragraphen noch niemals in der Weltgeschichte ein Verfassungsbruch gescheitert ist.

Aber die Herren von Hindenburg-Papen und schließlich auch Herr Hitler brauchen die Weimarer Verfassung gar nicht mehr zu brechen. Sie liegt heute schon in tausend Scherben zerschlagen am Boden. Zerschlagen wurde sie viel weniger von den heutigen Machthabern, als von ihren Regierungsvorgängern, den Schöpfern und Vertretern der Weimarer Verfassung selbst.

„Alle Macht geht vom Volke aus!“ Dieser „Grundsatz“ der Weimarer Verfassung war unmittelbar vor, während und nachdem er niedergeschrieben wurde eine einzige große Lüge. Immer, von der Geburtsstunde der Weimarer Republik an wurde der Grundsatz angewandt: Alle Macht gegen das Volk. Das war die Regierungsmethode der Ebert, Noske 1918/19, als sie mit den brutalsten Mitteln der Staatsmacht die Arbeiter in blutigen Kämpfen niederschlugen, ihnen schon 1919 Streikverbot, Partei- und Zeitungsverbote usw. bescherten. Alle Regierungen seitdem haben, ob sie nun mit der offenen Diktatur mittelst Artikel 48 oder mittelst normaler Gesetzesmaßnahmen regierten, gegen die Interessen der erdrückenden Volksmehrheit gehandelt. Das nun von der Weimarer Koalition getragenen Brüningregime hat schon mit dem formalen Schein der verfassungsmäßigen Demokratie aufgegeben, „im Namen der Weimarer Demokratie“ die Demokratie, die angebliche „Macht des Volkes“ ausgeschaltet und ausschließlich mit Notverordnungs-diktatur regiert. So wurde Hitler von den Weimarnern der Weg bereitet. Von Weimar braucht er wirklich nicht mehr viel zu zerschlagen, die Weimarer haben das selbst besorgt. Sie waren und sind Schöpfer und Totengräber zugleich.

Doch war die Politik von Ebert bis Brüning nur personelle Untüchtigkeit oder Schlechtigkeit? Nein. Ihr Werk und damit die Weimarer Verfassung scheiterte an ihrer inneren ökonomischen gesellschaftlichen Unmöglichkeit. Die Weimarer Verfassung ist trotz aller, der Form nach in der Tat sehr freiheldlich demokratischen Bestimmungen auf der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgebaut. Garantie und Verteidigung des Privateigentums war ihr wirkliches und oberstes Gesetz. Aber schon im Augenblick der Schaffung der Weimarer Verfassung und heute noch viel mehr stehen die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, das heißt der proletarischen und halbproletarischen Schichten in unlösbarem Gegensatz mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, mit der Aufrechterhaltung des Privatbesitzes. Deshalb mußte und muß bei Aufrechterhaltung dieser überlebten „Ordnung“ stets gegen das Volk regiert werden. Deshalb hat die Mehrheit des Volkes auch kein Klasseninteresse an der Verteidigung dieser Verfassung. An diesem Widerspruch ist die Weimarer Verfassung gescheitert und zerbrochen.

Wir aber der einzig mögliche revolutionäre Ausweg zum Sozialismus von der SPD bewußt verhindert und von der KPD zwar gewollt, aber infolge grundfalscher Politik nicht beschritten wurde, konnte Hitler neben dem bewußt kapitalistischen Konterrevolutionären mit seiner skrupellosen Demagogie das große Heer der Enttäuschten und Entwurzelten um sich scharen. Deshalb kann er jetzt das Erbe von Weimar „ganz legal“ antreten. Und wenn heute die Behörden, die Schulen mit Glockengeläut die Verfassung „feiern“, so ist das bei der Masse der Teilnehmer keine Heuchelei, sie ahnen zum Teil vielleicht nicht einmal, daß es die Totenfeier ist. Sie sind zum Teil des naiven Glaubens, daß die Kanzlerschaft Hitlers nur dazu da sein wird, daß sich auch Hitler im Rahmen dieser Verfassung „abwirtschafte“ wird.

Für uns, für das ganze Proletariat aber ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß Hitler und die ganze kapitalistische Konterrevolution nicht mit der Weimarer Verfassung, nicht mittelst der Demokratie und auch nicht durch Kampf um Wiedereroberung der Demokratie bezwungen und niedergeschlagen werden kann. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Arbeiterklasse auch demokratische Rechte gegen die faschistische Konterrevolution verteidigen muß. Erfolgreicher Widerstand gegen Hitler und der Sieg über den Faschismus ist nur möglich unter schärfster Ablehnung der Weimarer Verfassung, der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung im Kampf um den Sozialismus, um die Rätewacht der Arbeiterklasse.

Verordnung

der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten

Berlin, 10. August.

WTB. Die Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August 1932 enthält folgende Bestimmungen:

Bei den Landgerichten der Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg, Breslau, Kiel, Hamm und Düsseldorf und bei den Landgerichten in Berlin und Elbing werden Sondergerichte gebildet.

Die Sondergerichte sind Gerichte des Landes.

Die Landesjustizverwaltung kann bestimmen, daß die Bezirke mehrerer Landgerichte zu einem Sondergerichtsbezirk zusammengelegt werden.

Die Sondergerichte sind zuständig:

1. für die Verbrechen gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932;

2. für die Verbrechen gegen das Leben nach §§ 211 bis 215 des Strafgesetzbuches;

3. für die Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz, gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884;

4. für die Verbrechen und Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, für die Verbrechen und Vergehen des Raubes und der Erpressung, für die gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen;

5. für die Verbrechen und Vergehen der gefährlichen und der schweren Körperverletzung, des Raufhandels und der Giftbringung, für die Verbrechen und Vergehen der Freiheitsberaubung, der Nötigung und der Bedrohung, für die Vergehen der Sachbeschädigung;

6. für Vergehen betreffend die Stillegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität versorgen (Streikverbot);

7. für Vergehen gegen das Gesetz für Schutzaffen und Munition vom 12. April 1928 und gegen das Gesetz gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931;

8. für Vergehen gegen die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (II);

9. für die Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932;

10. für Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 und gegen die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932.

Ist die Tat nicht aus politischen Beweggründen begangen, oder ist ihre alsbaldige Aburteilung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, oder für die Staatssicherheit von minderer Bedeutung, oder ist der Täter ein Jugendlicher, so kann die Anklagebehörde die Untersuchung an die Staatsanwaltschaft zur Behandlung im ordentlichen Verfahren abgeben.

Die Sondergerichte entscheiden in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.

Eine mündliche Verhandlung über den Haftbefehl findet nicht statt.

Die Verteidigung ist notwendig in den Sachen, die nach den allgemeinen Vorschriften zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehören würden.

Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt.

Ein Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ergeht nicht. Nach Eingang der Anklageschrift ordnet der Vorsitzende, falls er keine Bedenken hat, die Hauptverhandlung an.

Das Sondergericht kann eine Beweiserhebung ablehnen, wenn es die Überzeugung gewonnen hat, daß die Beweiserhebung für die Aufklärung der Sache nicht erforderlich ist.

Gegen Entscheidungen der Sondergerichte ist kein Rechtsmittel zulässig.

Ueber Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet die Strafkammer. Die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten findet auch dann statt, wenn Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen.

Verfahren, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung wegen einer strafbaren Handlung anhängig sind, die zur Zuständigkeit der Sondergerichte gehört, werden, wenn die Hauptverhandlung bereits begonnen hat, nach den allgemeinen Vorschriften weitergeführt. Anderenfalls gehen sie in das in der Verordnung geregelte Verfahren über.

Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage (also am 11. August) in Kraft.

Ein ausführliches Kommentar zu diesen Ausführungsbestimmungen über die Schreckensverordnung erübrigt sich. Die Entscheidungen der Sondergerichte werden damit zu inappellablen Entscheidungen, das heißt, zu solchen, gegen die es keine Berufungen gibt! Sie werden getroffen von Dreimänner-Kollegien, während selbst bei den berühmtesten bayerischen Volksgerichten fünf Richter entschieden; nur zwei von drei Stimmen sind nötig, um den Angeklagten vor den Staatsgerichten an den Galgen zu bringen! Noch bei den bayerischen Volksgerichten waren dazu vier von fünf Stimmen der Richter nötig. Die Gerichte können jede Beweiserhebung der Angeklagten ablehnen, jede Entlastungsmöglichkeit von vornherein verhindern!

Der § 6 der Verordnung stützt sich auf die Ebert'sche Ausnahmeverordnung vom 10. November 1920! Sie wurde geschaffen beim Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik. Es ist dies die einzige Verordnung nach § 48, die nicht aufgehoben worden ist, aus dieser Zeit. Sie wird jetzt auf Neue herangezogen.

Mit den Sondergerichten und diesen Ausführungsbestimmungen dazu wird der beachteten Hitlers-Regierung eine Macht über Leben und Tod der Arbeiterklasse in die Hand gegeben, wie sie Mussolini im Laufe der 10 Jahre faschistischer Diktatur in Italien niemals hatte.

Aus dem Bezirk Zwickau

Unbeirrt vorwärts

In der vergangenen Woche fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Unterbezirks Zwickau statt. Es referierte der Gen. Klaus Zwickau über „Der Ausgang der Wahlen, die politische Lage und die Aufgabe der SAP“. Allseitige Zustimmung fand die Feststellung, daß weder ein Anschluß an die KPD noch an die SPD in Frage kommt. Gerade jetzt beginnt die unendlich schwierige, aber notwendige Arbeit der SAP. Das Geschrei der beiden großen Arbeiterparteien zeigt, daß sie hoffnungslos dem parlamentarischen Kretinismus verfallen sind. „Unbeirrt vorwärts“ — dieser Gedanke war der Leitfaden des Referates und der Aussprache.

Verfrühte Erbverteilung

Dem hysterischen Geschrei des „Sachlichen Volksblattes“ nach ist von der SAP überhaupt nichts mehr vorhanden. Alle unsere Mitglieder sind weggerlaufen — selbstverständlich zur „Eisenen“. Die Kaufschleicherer kein Blick gehabt. Eben wird uns berichtet, daß allein der Bezirk Zwickau-Mitte in der letzten Woche fünf Neuaufnahmen, darunter zwei Sportler, zu verzeichnen hat. So war es wieder mal nichts mit dem fetten Erbe — man soll eben nichts verteilen, bevor der „Tote“ wirklich tot ist.

Staat greif zu

Die Parolen der SPD haben wochen- und monatelang gelehrt und gelehrt: „Staat greif zu!“ — „erlöse uns von dem Nazi-Übel!“ Doch der Staat blieb laub und führte sich nicht. Zu diesen Beschwörern gehörte auch das „S. V.“ Mit fromm gefalteten Händen und gläubigem Augenaufschlag vermittelten die Volksblatt-Redakteure ihr laiches Gebet, dessen Anfang und Ende lautete: „Staat, greif zu!“ Und als die Zeit erfüllt war, griff der Staat zu. Drb und unerbitlich! Zu den Opfern staatlicher Willkür gehört auch das „S. V.“ Am 8. August 1932, früh gegen 9 Uhr, teilte die Polizeidirektion Zwickau mit, daß das „S. V.“ bis einschließlich Freitag, den 12. 8., verboten sei. Nach der neuesten Handhabung darf nicht einmal mitgeteilt werden, weshalb das Verbot erfolgt ist. Ob die Proleten der „Eisernen Front“ diesmal erwachen werden? Die Parole kann und darf nur sein: Prolet, greif zu!

Aus Niederhaußlau

geht uns folgender Bericht unserer Genossen zu:

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung nahm man ein Referat des Genossen Baumann entgegen, das sich mit dem Ausgang der Reichstagswahlen beschäftigte. Genosse Baumann brachte zum Ausdruck, daß der Ausgang dieser Wahl und die Stimmenzahl, die die SAP erhalten hat, uns nicht enttäuscht und entmutigt hat. Nach wie vor sind wir als SAP-Mitglieder der Ansicht, daß nur der Arbeiterblock aller proletarischen Parteien und Organisationen den Faschismus besiegen kann. Daß dieser Kampf nicht im Parlament, sondern außerparlamentarisch entschieden wird, werden schon die nächsten Wochen zeigen.

Die Versammlung in Niederhaußlau hat einmütig die Ausführungen des Genossen Baumann gebilligt. SAP trotz alledem!

Aus dem Röver-Freistaat Oldenburg

Wir meldeten bereits, daß SA und SS als Hilfspolizei eingestellt wurde, die nun von der Reichsregierung befristet bestätigt worden ist. Es heißt zwar, daß bis Mitte August diese Hilfspolizei wieder aufgelöst und dann der Gendarmerie in Notfällen angegliedert werden soll. Das Ausbildungstempo verbürgt der Röver-Regierung, daß sie ihre Bürgerkriegstruppen zu Genüge vorbereitet haben. — Sicher ist, daß schnell ein weiterer Vorwand gefunden wird, eine Anzahl Faschisten zu einer neuen Hilfspolizei zusammenzustellen. „Ganz legal“ schafft sich dadurch der Kapitalismus durch die Nationalsozialisten sein Söldnerheer gegen die Arbeiterschaft.

Vor einigen Tagen nahm Ministerpräsident Röver die Parade der gesamten Polizeimacht ab und betonte, daß er großen Wert auf ein harmonisches Zusammenarbeiten lege, daß er wisse, daß Polizei und Reichswahr nichts mit Politik zu tun, nur der Allgemeinheit (und der Arbeiterschaft mit dem Gummiknüppel!) zu dienen habe. Anlässlich der Parade spricht Herr Röver dem langjährigen Organisator, Polizeioberst Wentke, den besonderen Dank für die Heranbildung einer Musterpolizei aus, um ihn am gleichen Tage durch eine ministerielle Verordnung neben dem Staatspartei-Zimmermann in die Wüste zu schicken. Einfach dadurch, daß die Altersgrenze für höhere Polizeibeamten auf 55 Jahre herabgesetzt wurde. — Wer die Rührigkeit der sabelraselnden Staatsmacht beobachtet, glaubt sich in die Kriegszeit zurückversetzt oder bereits im 3. Reich zu sein. Denn auch die „unpolitische“ Reichswehr verherrlicht demonstrativ vor der Öffentlichkeit die „schwarz-weißrote“ Fahne, obwohl sie der einst auf die Farben der Republik geschworen hat.

Auch das Schulwesen wird mit Nachdruck faschisiert. Unter anderem plant das Kultusministerium, wie von eingeweihten Parteigängern der Nazis berichtet wird, alle „marxistisch“ angehauchten Lehrkräfte (marxistisch gilt da jeder, der nicht eingeschwoener Nazi ist) zu entfernen. — So mußten schon die im Tannenbergbund tätigen Lehrer sich schriftlich verpflichten, diesem nicht mehr anzugehören und in ihm nicht mehr zu wirken, falls sie nicht ihrer Stellung verlustig gehen wollen.

Keine Arbeitsbeschaffung, aber Arbeitsdienst

Berlin, 9. August.

CNB. Ueber die Zahl der gegenwärtig im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Arbeitsdienstwilligen erfahren wir vom Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, daß zu den Anfang Juli im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten 70 000 Personen Anfang August noch 25 000 hinzugekommen sind. Es besteht die Absicht, noch vor Eintritt des Winters die Zahl der Arbeitsdienstwilligen bis auf 200 000 zu erhöhen. Gleichzeitig sind auch Verhandlungen mit den als Bezirkskommissaren tätigen Präsidenten der Landes-Arbeitsämter im Gange. Die Bemühungen sind aber nicht nur darauf gerichtet, für die nächsten Monate Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und Arbeitswillige einzustellen, sondern gehen auch dahin, den freiwilligen Arbeitsdienst für das nächste Frühjahr vorzubereiten.

Die 200 000 Arbeitsdienstler und vor allem das neuzustellende Heer von Anstreibern, sicher zum größten Teil aus Faschisten bestehend, werden im wesentlichen aus den von den Arbeitern aufgebrauchten Mitteln der Arbeitslosenversicherung erhalten. Deshalb bekommt, trotz jahrelanger Bezahlung von unerhört hohen Beiträgen der Prolet, wenn er arbeitslos wird, nur sechs Wochen lang ein paar Hungerpfennige Unterstützung. Deshalb ist Hunderttausenden die Unterstützung vollkommen geraubt.

SA als Hilfspolizei

Köln, 9. August.

CNB. In den frühen Morgenstunden des Dienstag wurden sechs Nationalsozialisten festgenommen, weil sie in der Jabachstraße Passanten nach Waffen durchsuchten. Einer der Festgenommenen war im Besitze einer geladenen Pistole.

Hakenkreuzfahne auf Landtag gehisst

Schwerin, 9. August.

Auf dem Landtagsgebäude weht an der Ordnung des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten neben der Landesflagge die Hakenkreuzflagge.

Verrat im Werk

Ablehnung des Generalstreiks durch die belgischen Gewerkschaften

WTB. Brüssel, 10. August.

Der Nationalausschuß der Gewerkschaftskommission, der alle sozialistischen Gewerkschaften vertritt, hat einen Beschluß angenommen, der die Forderung der Bergarbeiter auf einen Generalstreik ablehnt.

WTB. Brüssel, 10. August.

Im Ministerrat wurden heute die Konfinierungsmassnahmen erörtert, die die Regierung durchzuführen wünscht. Den neuesten Meldungen zufolge hat sich die Streiklage nicht verändert. Durch den Beschluß der Gewerkschaftskommission ist eine Ausdehnung der Streikbewegung auf andere Industriezweige abgewendet worden. (II) Immerhin sieht die Regierung vorläufig noch keine Möglichkeit, um eine Annäherung zwischen den streikenden Parteien herbeizuführen. Führende Sozialisten, wie Vandervelde und Huysman, geben durch die Presse zu erkennen, daß die ursprünglichen Ziele des Arbeitskampfes erreicht seien und man eine Beendigung des Streiks herbeiwünsche.

Schwere Kämpfe in Mukden

London, 10. August.

WTB. Reuter meldet aus Peking, daß in Mukden eine riesige Feuersbrunst ausgebrochen ist. Es läuft das Gerücht um, daß der Brand von chinesischen Freiwilligen in Zivil angelegt worden ist. Wie aus chinesischer Quelle mitgeteilt wird, werden die strategisch wichtigen Punkte Mukdens von japanischen Tanks besetzt gehalten, die die von allen Seiten anstürmenden chinesischen Freiwilligen in Schach halten. Wie weiter gemeldet wird, sollen die Chinesen die wichtigsten Stellen der um Mukden liegenden Hängekette besetzt haben. Die Japaner haben zahlreiche Verhaftungen von verdächtigen Personen vorgenommen.

Es brennt an der Knopfmühle

Keinerlei politischer Hintergrund

Breslau, 11. August.

Am Mittwoch kurz vor 12 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Knopfmühle in Klein-Tschansch gerufen. Dort war aus bisher noch ungeklärter Ursache das Obergeschoss eines in unmittelbarer Nachbarschaft der Knopfmühle gelegenen Wirtschaftsgebäudes in Brand geraten. Zur Bekämpfung des Feuers rückte ein Zug der zuständigen Woche 5 in der Ofener Straße (ein Motor- und ein Leiterwagen) aus. Außerdem erschienen noch von der Hauptwache ein Mannschafts- und ein Gerätewagen als Verstärkung an der Brandstelle. Zur Hilfeleistung, insbesondere bei den Aufräumungsarbeiten, wurde auch noch die inzwischen alarmierte Freiwillige Feuerwehr von Tschansch herangezogen. Die Aufräumungs- und zum Teil die Löscharbeiten zogen sich bis in die vierte Nachmittagsstunde hin.

Von der Polizei wird zu dem Brande noch folgendes mitgeteilt: „Auf den Alarm, der um 11,58 Uhr am Mittwoch erfolgte, rückte die Feuerwehr in der angegebenen Stärke aus. Zu dem Gebäudekomplex der Knopfmühle, die jetzt nicht mehr in Betrieb ist, gehört auch ein Wirtschaftsgebäude. In dem einstöckigen, 25 Meter langen und 15 Meter tiefen Hause, das von dem Magistrat als Pottentimer an einen Pächler abvermietet ist,

lagert im Obergeschoss Heu. Hier wurde in den Vormittagsstunden das Feuer bemerkt. Dieser Heuboden ist nur von außen durch Aufstieg auf Leitern zugänglich. In der Knopfmühle selbst besteht seit längerer Zeit eine

ständige Unterkuft von SA-Leuten, doch dürfte der Brand keinerlei politischen Hintergrund haben.

Man neigt zu der Ansicht, daß das Feuer durch unvorsichtiges Umgehen mit Licht oder anderem offenes Feuer entstanden sein könne. Das Feuer, das nicht wie sonst bei Dachstuhlbränden offen herauschlug, sondern stark schwelte, wurde mit drei Schlauchleitungen angegriffen. Der Unterbau konnte gerettet werden, doch ist der Dachstuhl (ein Satteldach) vollkommen vernichtet. Er wird vollständig abgetragen werden müssen. Noch um 16 Uhr wollte die Feuerwehr auf der Brandstätte, um die Aufräumungsarbeiten zu Ende zu führen und das zum Teil noch brennende oder glimmende Heu ungefährlich zu machen.

Die Nazis hatten natürlich sofort das Gerücht in die Welt gesetzt, daß die „Unternehmensleiter der „Kommune“ das Feuer angelegt hätten. Diese halblöse und schamlose Lüge wird also selbst von der Polizei entkräftet.

„Raus aus dem Bett, ihr verfluchten Kommunisten!“

Viehische Bluttat der Nazis

Gleiwitz, 10. August.

Die Polizeipressestelle teilt mit: „In der Nacht zum Mittwoch wurde in Potempa, Landkreis Gleiwitz, der kommunistisch gesinnte 35 Jahre alte Arbeiter Konrad Pietzusch ermordet. Gegen 1.30 Uhr drangen mehrere uniformierte SA- und SS-Leute, die mit einem Personenkraftwagen nach Potempa gekommen waren, in das unverschlossene Zimmer, in dem Konrad Pietzusch, sein Bruder Alfons und seine Mutter schliefen. Mit dem Ruf: „Raus aus dem Bett, ihr verfluchten Kommunisten, Hände hoch!“ zerrten sie Konrad Pietzusch, der zusammen mit seinem Bruder Alfons in einem Bett schlief, von seinem Lager und mihndelten ihn schwer. Konrad Pietzusch flüchtete in eine Kammer neben dem Zimmer. Sein Bruder Alfons erhielt einen wuchtigen Schlag auf den Kopf und trug eine stark blutende Wunde davon. Einer der Täter stieß die Kammertür auf und gab aus seiner Pistole einen Schuß in die Kammer ab. Darauf verließen die Täter das Haus. Die Mutter Pietzuschs begab sich darauf in die Kammer und fand ihren Sohn in einer Blutlache tot auf. Einer der Täter wurde gleich nach der Tat festgenommen. Die weiteren Ermittlungen führt die Landeskriminalpolizei Oppeln mit der Landjäger. Im Interesse der Aufklärung der Tat können zurzeit weitere Angaben nicht gemacht werden.

An Anschlägen sind nachzutragen

Lauban, 10. August.

Am Zaun des hiesigen Arbeitsamtes wurde in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr eine Stielhandgranate zur Explosion gebracht. Es entstand nur unbedeutender Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt. Ob der Anschlag gegen den im Arbeitsamt wohnenden sozialdemokratischen Stadtrat Kutschan ge-

richtet war, läßt sich nicht mit Sicherheit behaupten, doch sprechen Wahrscheinlichkeiten dafür.

Penzig, 10. August.

Gegen Mitternacht wurde in die Küche der Wohnung des Glasschleifers und Reichsbannerführers Paul Altmann ein kleiner Sprengkörper geworfen, der explodierte. Altmann wurde leicht verletzt, der Sachschaden ist unbedeutend.

Ein weiterer Anschlag wurde in der Nacht auf das hiesige Gewerkschaftsbüro verübt. Durch ein Fenster wurde eine Eierhandgranate geworfen, die aber nicht explodierte, so daß kein Schaden entstand.

Außerdem soll verschiedentlich geschossen worden sein, ohne daß dadurch Menschen verletzt wurden. Hierüber sind die Ermittlungen noch im Gange.

Reichenbach O.-L., 10. August.

Auf die Wohnung des Arbeiters Paul Sauer, der Mitglied der Eisernen Front ist, wurde in der vergangenen Nacht ein Anschlag verübt. Durch das Schlafzimmersfenster wurden drei Schüsse abgefeuert, die aber ihr Ziel verfehlten.

Waldenburg, 10. August.

Auf die SA-Schule in Neudorf bei Friedland wurden in der vergangenen Nacht zehn bis zwölf Schüsse abgegeben. Personen wurden nicht verletzt. Die Täter sind unbekannt.

Gegen 1/2 Uhr wurden in Friedland von bisher unbekanntem Tätern fünf Pistolenschüsse auf die Schaufensterscheiben des Kaffeehauses Burg abgegeben. Es wurde nur Sachschaden angerichtet. Ferner wurden durch zwei Schüsse im Hause des Juweliers Phylroff in Friedland eine Fensterscheibe zerstört. Auf die Wohnung des Kaufmanns Karl Heinrich Zeuner in Friedland, der der NSDAP angehört, wurden zehn bis zwölf Schüsse abgegeben. Die Schüsse gingen ins Mauerwerk, Personen wurden nicht verletzt.

Sagan, 10. August.

In der vergangenen Nacht wurde das Schaufenster des Konsumvereins mit einem großen Feldstein zertrümmert. Ferner fielen auf der Straße einige Schüsse, durch die aber niemand verletzt wurde.

Auf den Ortsgruppenführer der NSDAP, Willi Korn in Halbau, wurde gegen 1/3 Uhr morgens ein Anschlag verübt. Es wurden zwei Pistolenschüsse abgegeben, die kurz über das Bett des K. gingen. Korn schlief aber in einem anderen Zimmer, so daß er nicht verletzt wurde. — Außerdem wurden bei einem partellosen Kaufmann zwei Fensterscheiben eingeschlagen.

Sprottau, 10. August.

Auf die Wohnung des Wirtschaftsbeamten Hans von Diebitsch, Sohn des Rittergutsbesitzers von Diebitsch in Cunzendorf, sind in der vergangenen Nacht drei Schüsse abgegeben worden. Sie durchschlugen das Fenster und drangen in die Rückwand des Zimmers ein, in dem D. schlief. Es wurde niemand verletzt. Die Täter sind unbekannt.

Görlitz, 10. August.

In der vergangenen Nacht wurde durch das Schaufenster der Filiale des Konsumvereins in der Neißerstraße eine Eierhandgranate geworfen, die jedoch nicht zur Explosion kam. Von Anwohnern wurde ein Auto beobachtet.

In Alt-Kohlfurt wurden in der vergangenen Nacht zwei Schaufensterscheiben der Niederlassung des Görlitzer Konsumvereins mit Zäunlaten eingeschlagen. — Weiter wurden in eine Anzahl von Wohnungen sozialdemokratischer Mitglieder Steine geworfen, durch die u. a. zwei Personen getroffen wurden. Auch sollen in der vergangenen Nacht in Alt-Kohlfurt mehrere Schüsse abgegeben worden sein, über deren Zielobjekt zur Zeit noch Unklarheit besteht.

Auch in Rauscha O.-L. wurden gegen Mitternacht zwei Schaufensterscheiben der Görlitzer Konsumniederlage durch Steinwürfe zertrümmert.

Ebenso wurde in Rothwasser O.-L. durch Steinwürfe eine Scheibe im alten Konsumvereinshaus zertrümmert.

Waldenburg, 10. August.

In Reufendorf wurde heute früh gegen 2.30 Uhr das Gemeindegewerbebüro beschossen. Mehrere Fensterscheiben wurden durch die Schüsse zertrümmert. Ebenso wurden einige Schüsse in die Wohnung der im Gemeindehaus wohnenden Frau Rektor Schwarz abgegeben. Die Täter konnten bisher noch nicht festgestellt werden, die Ermittlungen sind im Gange.

In Waldenburg wurde heute früh gegen 5 Uhr das Schaufenster des KPD-Verbandsbüros, eingeschlagen. Die Täter sind unbekannt.

Striegau, 10. August.

Mittwoch früh gegen 0.15 Uhr wurden aus einem Auto drei Schüsse auf das Haus des Konsumvereins in Kuhnern abgegeben. Der Wächter hat noch das Auto mit abgeblendetem Licht gesehen, ohne aber die Nummer zu erkennen.

Zwei Leichenfunde

Hirschberg, 11. August.

Bei Schreiberhau wurde die Leiche einer älteren Frau aus dem Zacken geborgen. Ihre Personalien konnten noch nicht ermittelt werden. — Am Peterbaldenweg fanden Pilzsucher in einer Fichtenschonung die Leiche eines Mannes, der offenbar Selbstmord durch Erhängen verübt hat. Der Kopf hing noch an einer Fichte, während der übrige Körper völlig verwest und abgefallen war.

Hochwasser der Oder

Ratibor, 10. August.

Der Wasserstand der Oder stieg bis heute früh 7 Uhr auf 5,35 m. Damit ist die Oder um 1,50 m ausgefüllt. Die Niederungen ober- und unterhalb Ratibors stehen unter Wasser, das noch immer weiter steigt.

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Wir berichteten schon vor einigen Tagen von den sonntagnachmittäglichen Kriegsspielen der Breslauer Polizei in der Hirschstraße. Auch die Breslauer nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung“ wehlt in der bei ihrer gewöhnlichen verlogenen Art von diesen Vorkommnissen zu berichten. Dieser „Bericht“ setzt die Hetze gegen unseren Grossen Eckstein mit außerordentlicher Unverschämtheit fort und enthält am Schluß den folgenden Satz: „Jedenfalls liegt es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, wenn das Ungeliefere aus seinen beiden Nestern, aus dem SAP-Heim, Hirschstraße, und dem nicht minder bedenklichen Heim der Kommune in der Gastwirtschaft von Kirsch (im Urtext gesperrt) nicht weit davon endlich gründlich ausgeräumt wird.“ Wir stellen fest, daß dieser Satz eine offene Aufforderung zu Gewalttätigkeiten und Terrorakten für die Leser der „Schlesischen Tageszeitung“ enthält. Die Staatsanwaltschaft, die bisher nicht im geringsten gestimmt hat, wenn es galt, gegen meist unschuldige Protestler vorzugehen, wird so steht zu erwarten, mit dem gleichen Eifer gegen diese Verfechter der Notverordnungen gegen Terrorakte einschreiten. Oder sollte wieder einmal die deutsche Justiz ihren Klassencharakter offenbären zu zeigen beabsichtigen?

Sondergerichte in Breslau

Breslau, 10. August.

Auf Grund der Terrorverordnung werden an den vierzehn Landgerichten der Provinz Schlesien Sondergerichte zur Aburteilung der politischen Ausschreitungen gebildet. Am Breslauer Landgericht hat gemäß der Verordnung der Justizverwaltung am Mittwoch nachmittag eine Besprechung mit den Landgerichtsdirektoren unter Vorsitz des stellvertretenden Landgerichtspräsidenten stattgefunden. Da zu der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung noch keine Ausführungsbestimmungen vorliegen, wurde nur über die Schaffung des Sondergerichts in Breslau im allgemeinen gesprochen und beschlossen, ein solches für Breslau zu bilden. Das Sondergericht besteht aus zwei Kammern. Jede Kammer muß mit einem Landgerichtsdirektor als Vorsitzenden und zwei Landgerichtsräten als Beisitzern besetzt sein. Laienrichter wirken nicht mit. Die Anklage wird von der Staatsanwaltschaft erhoben.

In Breslau sollen also gleich zwei Kammern gebildet werden!

Proleton-Vorschau

Breslau, 11. August.

Ab Freitag, den 12. August, beginnt im Proleton das Programm einer Lachwoche. Zwei Tonfilm-Lustspiele, „Mädchen zum Heiraten“ mit Renate Müller und Hermann Thimig ist das eine, und Szöke Szokoll in „Die schwebende Jungfrau“ das andere. „Mädchen zum Heiraten“, Ehrvermittler Fritz Grünbaum. Neben dem Büro des Eheanwalts liegt das Büro des Scheidungsanwalts. Der eine repariert das Glück, der andere das Mißgeschick. Doch Renate Müller als Gerda Arnold macht alle diese Sprünge ins Glück provisionslos. Auch der zweite Film: „Die schwebende Jungfrau“ mit Szöke Szokoll in der Hauptrolle, ist nur auf Lachen eingestellt.

China und Japan

Breslau, 11. August.

Der japanisch-chinesische Konflikt spitzt sich wieder zu. Die Ortsgruppe Breslau der Deutschen Friedensgesellschaft will deshalb ihren Mitgliedern ein möglichst genaues Bild über China und seine Stellung zu Japan vermitteln und hat Herrn Pung Fai Tao aus Mukden zu einem Referat über obiges Thema gewonnen. Der Vortrag findet am Donnerstag, den 11. August, abends 8.15 Uhr, im Zimmer 1 des Kaufmannsheimens auf der Schuhbrücke statt. Gesinnungsfreunde sind herzlich willkommen.



Das Interesse für Juno

und die große Verbreitung dieser beliebten Marke

beruht auf der richtigen Mischung erlesenster Tabake.

Um die Qualität der

JUNO

auch weiterhin auf ihrer anerkannten Höhe zu halten, können Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickerereien nicht beigelegt werden.

Josetti will nur das Eine: den Raucher durch frische, köstlich duftende Cigaretten zufrieden stellen!



30 000 Menschen ertrunken

100 000 Menschen obdachlos

Charbin, 10. August (United Press). Beispielloses Unheil ist durch eine Ueberschwemmungskatastrophe über die Nord-Mandchurei hereingebrochen. Man rechnet bereits mit dreißigtausend Toten. Im Bezirk des Flusses Sungari, der infolge andauernder Regengüsse weite Landstrecken überschwemmt hat, stehen zahlreiche Städte unter Wasser und sind von der Außenwelt abgeschnitten. Man rechnet, daß hundertzwanzigtausend Menschen obdachlos und ohne Nahrung sind. Dabei steigt das Wasser noch immer. Das Chinesenviertel von Charbin steht gleichfalls bereits unter Wasser. Alle ausländischen Konsulate haben Aufträge zu Sammlungen für die heimgesuchte Bevölkerung erlassen. Man fürchtet den Ausbruch von Seuchen unter den Obdachlosen. Auch verschiedene Detachements der japanischen Armee, die am Mittlelauf des Sungari stehen, sind gefährdet.

Ueber die furchtbare Ueberschwemmungskatastrophe in der Nordmandchurei werden weitere Einzelheiten gemeldet. So heißt es, daß im Huan-Distrikt in der Nähe der Stadt Sansing über 1100 Menschen den Tod gefunden haben. Etwa 4000 Bauernhöfe sind in den Fluten verschwunden und ein beispielloses Elend herrscht unter den Ueberlebenden. Aus dem am meisten betroffenen Gebiet liegen zur Stunde noch keine genauen Nachrichten vor.

Neues Unwetter in der Lausitz

Görlitz, 10. August.

Nachträglich wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag und am Sonntag selbst brach

ein neues Unwetter mit wolkenbruchartigen stundenlangen Niederschlägen über die Oberlausitz herein. So wird u. a. aus Berzdorf an der Eigen gemeldet, daß dort eine Windhose wüthete, die bei einem Landwirt ein großes Schuppendach wegriß und bei einem anderen ganze Firschen abdeckte. Als der bei dem Gutbesitzer Erhard Lange in Alt-Berzdorf in Diensten stehende, 16 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Wolmiak am Sonntag vom Felde mit einem Schleppwagen heimkehrte, wurde er kurz vor dem Gehöft von dem Unwetter überrascht und vom Blitz erschlagen. Der Stalburche war sofort tot, während den beiden Pferden nichts passierte.

In Kosma drang das Wasser durch den stundenlangen Regen in Ställe, Stuben und Keller. Auf dem Felde wurde das in Puppen stehende Getreide so durchnäßt, daß die Landwirte vielfach die Orben wieder aufbinden mußten, um überhaupt ein Trocknen zu ermöglichen. Der Rothbach in Thielitz führte durch den Wolkenbruch gewaltige Wassermengen mit sich, so daß der Weg bei den Thielitzer Gasstätten gesperrt werden mußte; der Fluß trug auch Baumstämme, große Bretter und Federvieh. In Wendisch-Ossig hülte das Wasser der Neiß zwei Stunden lang über die Kreischausse. Die Felder gleichen einem See. In Deutsch-Ossig wurden ganze Teile einzelner Kartoffelfelder zerstört und die Früchte weggeschwemmt. Das schon gemähte Getreide gleicht einem Komposthaufen. Der Verkehr mit Köslitz ist unterbrochen. Der Schaden ist noch nicht zu überschauen. Die Chaussee Nikrisch-Radmeritz und die Straße Radmeritz-Reulnitz stehen streckenweise unter Wasser und sind unpassierbar.

Begnadigung abgelehnt

Berlin, 10. August.

Entgegen anderslautenden Gerüchten wird von zuständiger Stelle erklärt, daß der wegen Ermordung eines Geldbriefträgers zum Tode verurteilte Reins nicht von der alten preussischen Regierung begnadigt worden ist.

Bisher war es in der „deutschen Republik“ üblich, Verbrecher, wie Reins einer war, zwar zum Tode zu verurteilen — sie aber dann doch zu begnadigen. Damit scheint es endgültig vorbei zu sein. Faschismus auch bei den Kriminalgerichten.

Explosion in einer englischen Artilleriekaserne

Colchester, 9. August.

Während der Prüfung der Munitionsbestände in der hiesigen Artilleriekaserne explodierte eine Rakete. Ein Soldat wurde getötet, sechs verletzt.

Zugzusammenstoß — 1 Toter und 17 Verletzte

Brünn, 11. August.

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich heute auf der Strecke Neustadt a. d. Wnag

—Wessely in Mähren. Auf der unübersichtlichen, starken Gefälle und zahlreiche Kurven aufweisenden Strecke stießen ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Der Zusammenprall war so heftig, daß sich die beiden Lokomotiven ineinanderstoben und 14 Wagen beschädigt wurden; einige von ihnen waren entgleist. Insgesamt wurden ein Reisender getötet, vier Reisende schwer und acht leicht verletzt. Die beiden Zugführer erlitten schwere, die beiden Heizer und ein anderer Eisenbahnbeamter leichte Verletzungen.

Neue Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung im Kreise Waldenburg

Waldenburg, 11. August.

Nachdem in Niedersalzbrunn in den letzten Tagen vier Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden waren, sind jetzt auch in Weißstein zwei Kinder und in Adelsbach eins an der Kinderlähmung erkrankt. Die Weißsteiner Schulen sind auf vierzehn Tage geschlossen worden.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere

S A Z

Selbstmord: „unkorrekt“

Berlin, 11. August.

Der Verkäufer Schumann, der in einem Geschäft des Berliner Westens seit langen Jahren als Verkäufer arbeitete, wollte — sicher nicht aus Uebermut — Selbstmord begehen. Er erhängte sich im Verkaufsraum an einem Regal, wurde jedoch gerade noch rechtzeitig gefunden und durch sachgemäße Hilfe ins Leben zurückgerufen. Jedermann hätte sich nun bemüht, die Gründe des Selbstmordversuches festzustellen und dem Verkäufer Schumann Gelegenheit zu geben, weiterzuleben. Doch das kapitalistische Gehirn des famosen Prinzipals ruhte nicht. Er überlegte wahrscheinlich — ganz selten muß das der Mensch doch auch mal tun —, daß er wirtschaftlich in jeder Hinsicht aufs schwerste geschädigt worden sei, da der Selbstmörder sich das Eigentum der Firma — Blindfaden und Nagel — eigenmächtig angeeignet habe, um böswillig das Unternehmen seines Chefs in den Ruf einer Anstalt für Selbstmörder zu bringen. Sicher hätte dieser freigebige Chef, wenn Schumann sich tatsächlich das Leben genommen hätte, den Hinterbliebenen eine Rechnung über die beim Selbstmord benutzten Gegenstände vorgelegt. So aber ontliel er zunächst einmal den Lebensüberdrüssigen fraktion, ohne seinen eigenen Verpflichtungen auch nur im entferntesten nachzukommen.

Vor einigen Tagen beschäftigte sich das Arbeitsgericht Berlin mit der Klage des Verkäufers Schumann um Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist und Weiterzahlung des Gehalts für diesen Zeitraum.

Das Gericht sprach dem Kläger zwar die verlangte Gehaltssumme zu, fühlte sich aber gleichzeitig bemüßigt zu erklären, daß der Kläger Schumann bei seinem Selbstmordversuch nicht korrekt gehandelt hätte. Wir finden, daß nicht Schumann, sondern sein Prinzipal durchaus unkorrekt gehandelt hat.

Rettung westindischer Fischer

Hamburg, 11. August.

Das auf der Reise von Rio de Janeiro nach New Orleans befindliche Motorschiff „Phrygia“ der Hamburg-Amerika-Linie sichtete, wie erst jetzt durch einen Bericht des Kapitäns bekannt wird, am 10. Juli auf 12 Grad 23 Min. nördlicher Breite und 64 Grad 4 Min. westlicher Länge ein treibendes offenes Boot mit drei Männern, die winkten und um Hilfe riefen. Das Schiff drehte bei und nahm die völlig erschöpften Insassen an Bord. Es handelte sich um Fischer aus St. Vincent (Windward-Inseln), die schon einige Tage auf offener See umhergetrieben waren und weder Proviant noch Wasser hatten. Ihre Bootsausrüstung war bis auf einen Riemen infolge vorherigen Kenterns des Bootes verloren gegangen. Die „Phrygia“ setzte die Schiffbrüchigen in Montego-Bay auf Jamaica an Land.

Eine „echte“ Stradivari?

Ohlau, 10. August.

Wie verlautet, wurde hier von einer Dame eine Geige entdeckt, in der ein Zettel mit folgendem Inhalt lag: „Antonio Stradivari Cremonensis Anno 1720.“ Das Instrument soll einem jungen Maler gehören, der es von seinem Großvater erbt und dann die Geige verpackt auf dem Boden unterbrachte.

Man kann berechtigte Zweifel an der „Echtheit“ dieser Geige hegen. „Echte“ Stradivaris hat man schon des öfteren gefunden — sie haben sich aber immer als Fälschung erwiesen.

Nie wieder aufrechtes Rückrat!

ADGB-Tarnow

Vom Sattler-Verbandstag

Dem in der SPD-Prese veröffentlichten Bericht über den zu Zeit in Stuttgart stattfindenden Verbandstag des Sattler-, Tarnow- und Parteinüller-Verband entnehmen wir folgenden bezeichnenden Ausschnitt:

„In der Aussprache (über den Geschäftsbericht) nahm als Vertreter der Opposition Galm-Offenbach im Sinne der Gedankengänge der SAP gegen die Haltung des Vorstandes Stellung. Galm bemängelte die Bindung der Gewerkschaften an den staatspolitischen Standpunkt der Sozialdemokratie. Vor allem lehnte er die gegenüber Brüning geübte Tolerierungspolitik ab. Er forderte eine Verständigung der großen Parteien der Arbeiterschaft über ein gemeinsames Programm der Abwehr gegen die Todfeinde der Arbeiterbewegung.“

Tarnow, der auf dem Verbandstag den Vorstand des ADGB vertritt, wies die Angriffe Galm zurück. Für eine verantwortliche Bewegung — so führte Tarnow aus — komme es nicht auf den Radikalismus der Forderungen an, sondern auf den Radikalismus der Erfolge. (Welch hohe Phrase! Red. d. SAZ.) Die Sozialpolitik sei für die Gewerkschaften nie ein Ding an sich, ein Experiment im luftleeren Raum gewesen. Sie stehe selbstverständlich in den wirtschaftlichen Zusammenhängen. Die Behauptung, daß der ADGB grundsätzlich Tolerierungspolitik getrieben habe, sei falsch (II). Zweimal habe er ein aufrechtes Rückrat gezeigt: beim Sturz Hermann Müllers und bei der Ablehnung der zweiten Brüning'schen Notverordnung, die zur Auflösung des Reichstages geführt habe. Das erstmal sei der Erfolg seiner Stellungnahme das Kabinett Brüning gewesen, hinter dem der Schatten Hugenberg gestanden habe, und das zweitemal sei hinter Brüning der Schatten Hitlers aufgetaucht.“

In der Tat, der „Erfolg“ dieses zweimaligen „aufrechten Rückrats“ des ADGB ist von einem überwältigenden „Radikalismus“. Man hält — leider nicht mit Unrecht — Tarnow immer noch für den Klügsten unter den maßgebenden ADGB-Führern. Aber wie muß es in dieser Führung ausssehen, wenn der relativ klügste Mann mit dieser geradezu entwaffnenden Naivität selbst zugibt, daß sie nur zweimal ein aufrechtes Rückrat gezeigt hätten und dabei — selbstverständlich — in die Nesseln gefallen sind. Ein feiger Hund, der nur ausnahmsweise einmal die Zähne zeigt und dann gleich wieder den Schwanz einzieht, wird immer mörderlich Prügel bekommen.

Den ADGB-Führern geht offensichtlich selbst diese primitivste Kampferfahrung ab. Das ist doch der Grundfehler der reformistischen ADGB-Führung, die zur furchtbaren Tragik für die ganze deutsche Arbeiterklasse wird, daß die Führung der 4-Millionen-Gewerkschaftsarmee normalerweise überhaupt kein Rückrat zeigt, das heißt nicht kämpfen, keinen dauernden Widerstand mit allen Konsequenzen leisten will. Nur in ständigem, unausgesetztem Kampf kann die Arbeiterklasse, können die Gewerkschaften die Kraft, Reife und Fähigkeit bekommen, die notwendig sind, um dem Gegner erfolgreichen Widerstand zu leisten und schließlich den endgültigen Sieg zu erringen.

Dieser Kampf kann sich aber nicht, wie das bei den beiden Ausnahmefällen des ADGB-Vorstandes der Fall war — auf eine parlamentarische Ablehnung lediglich durch die oberste ADGB-Führung, ohne die Mitglieder der Gewerkschaften zu mobilisieren, beschränken. Das aber ist das Entscheidende und Unerläßliche, wenn ein wirklich „radikaler“ Erfolg für die Arbeiterklasse erzielt werden soll.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

14) Ein deutscher Roman von THEODOR PLIVIER
Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

An der Hand führte sie ihn die Straße entlang. Bis zu dem backsteinernen Torbogen, der die Kleinen angingte wie ein großes offenes Maul und sich dann hinter ihnen schloß. Und nachher war alles grau und ohne Abwechslung. Tisch, Bänke... sitzen, spielen, stillsitzen; alles war fertig und vorherbestimmt. Die Kinder saßen schlaftrig an den Wänden und sangen: „... daß ich Jesu Schäfflein bin!“ Sie hat die Kinder sitzen sehen. Nach dem Abliefern der Mäntel machte sie manchmal unten einen Besuch, und abends holte sie den Jungen immer ab.

Im Kinderhort hat er sich die Grippe geholt, hier im Zimmer hat er die Lungenentzündung dazu bekommen. Die Schwester im Krankenhaus hat sie so angesehen, so besonders; und der Arzt hat dabei gesagt: „Ich kann Ihnen leider nicht viel Hoffnung machen!“

Sie horcht in die Nacht hinaus und vernimmt nur das Säusen im eigenen Kopf. Warum geht keine Tür mehr im Haus, warum fällt kein Stuhl mehr um, warum hustet nicht wenigstens einer? Die Möhring mit ihrem Soldaten liegt genau über ihr, die beiden rühren sich nicht mehr. Nebenbei die Lange, unten die Hanke — vierzig Familien wohnen um den Hof herum, das sind zweihundert Menschen, oder sogar dreihundert. Und alle liegen wie vergiftet in ihren Löchern. Es ist so still, daß man den Kalk hinter den Tapeten rieseln hört. Vielleicht ist es gar kein Kalk, vielleicht sind es nur die Wanzen!

Die Uhr muß doch wieder schlagen!
Warum schlägt die Uhr nicht mehr?

Sie hat einen Spiegel überm Bett hängen, in dem sich jetzt ein matter Lichtschein fängt. Im Hinterhaus ist ein Fenster hell geworden.

Eine Frau kommt die Treppe herunter, eine Alte mit einer Petroleumlampe in der Hand — auf dem Weg zum Klosett, das für die Mieter von zwei Etagen zwischen den Stockwerken untergebracht ist. Sie kommt nicht gleich bis hin, hockt sich auf die Treppe und preßt einen mit warmem Sand gefüllten Beutel gegen ihren kranken Leib.

Trude Müller sitzt auf ihrem Betttrand und blickt über den Hof. Die zusammengekauerte Gestalt auf der Treppe und die Einzelheiten der Erscheinung sieht sie mit übernatürlicher Genauigkeit — das wie angeklebte schütterte Haar, die gelblich gewordene Nachtsacke, die verlegenen Flanelunterröcke, die Holzpantinen an den Füßen, die welken Hände, die den Beutel umspannenden Finger.

Trude Müller ist eine gesunde Frau, aber sie nährt seit drei Jahren Soldatenmäntel, und als sie sich niederlegte, war ihr schwindlig vor Hunger; sie hat einen Mann im Feld, ein Kind im Krankenhaus...

Plötzlich scheint ihr, daß sie das Geräusch wieder vernehme — das kommt nicht von riesendem Kalk, das kommt auch nicht von den Wanzen. Das verursacht die Alte, das sind diese unauffällig knetenden Finger und die in dem Beutel mahlenden Sandkörner. Und das Geräusch kommt durch Mätern und Fenster und wird stärker und erfüllt dröhnend das ganze Haus. Sie klammert sich an ihre Vernunft; das ist doch die alte Nauken, die ist doch vor vier Wochen noch waschen gegangen! Sie ist doch ganz gewöhnlich die Treppe heruntergekommen, mit der Lampe in der Hand. Aber die Holzpantinen — die haben nicht aufgeklappt! Nein, die haben bestimmt nicht aufgeklappt!

Erst als sie beobachtet, daß nicht nur die Hände, daß auch der Kopf sich leise bewegt, und daß die Alte, nachdem sie sich wieder ausgerichtet hat, langsam die Treppe weiter heruntersteigt, läßt das Grauen sie los.

Aber sie denkt nicht mehr an Schlafen. Auch im Haus kann sie es nicht mehr aushalten.

Sie sucht ihre Strümpfe und Schuhe hervor und zieht sich, ohne Licht zu machen, an. Und dann fällt ihr doch nichts anderes ein, als ebenfalls nach dem Schlachthof zu gehen, um sich, wie die Nachbarstochter Lucia Lange, nach einer Ration Fleisch anzustellen.

Nach einer halben Stunde hat sie den Schlachthof erreicht. Ein riesiges, zwischen der Ringbahn und den Arbeiterquartieren des Berliner Ostens liegendes Gelände, das von einer endlosen Ziegelmauer umgeben ist. Die Schuppen und Ställe dahinter sind in der Dunkelheit nicht zu erkennen. In der Eldenaer Straße, nahe beim Bahnübergang, stößt sie auf die „Schlange“ — Frauen, Urlauber, alte Männer, die sich in Reihen aufgestellt haben, um am anderen Morgen bei der Fleischausgabe nicht zu spät zu kommen. Die ersten, die schon am Nachmittag kamen, wurden von den Polizisten weggejagt, auch um fünf und um sechs wurde die Menge wieder zerstreut. Erst nachdem es vollständig dunkel geworden war, düddete die Polizei die Ansammlung. Um acht Uhr standen einige hundert an der Mauer, um zehn waren es schon über tausend.

Zu Vieren stehen sie hintereinander. Viele Frauen haben sich Sitzgelegenheiten mitgebracht — Schemel, Feldstühle, Fußmatten. Viele haben sich Decken umgehängt. In den ersten Nachtstunden versuchten sie noch miteinander zu sprechen. Die Urlauber holten auch Karten hervor und spielten miteinander. Allmählich sind alle still geworden und übereinander hingesenken.

Trude Müller stellt sich hinten an. Sie hat sich nichts zum Sitzen mitgebracht. Gegen die Nachtkälte trägt sie einen Soldatenmantel, der ihr viel zu weit ist. Beide Hände in den zusammengehobenen Ärmeln vergraben, steht sie auf ihrem Platz. Weiter vorn, unter einer Laterne, sieht sie Lucia Lange mit der kleinen Lene stehen. Die Kleine hält den Kopf schief, um den Dutt der neben ihr hockenden Frau nicht zu berühren. Das ist wegen der Läuse — die Tante hat ihr eingeschärft, sich endlich mal vorzusehen.

Die Frau neben Trude Müller ärgert sich über ihren Nachbar:

„Der raucht ein Kraut, da dreht sich einem ja der Magen um!“

Der Alte wendet der Frau nicht einmal das Gesicht zu. Er raucht seine Pfeife weiter und stiert ausdruckslos den Rücken seines Vordermannes an. Es ist nicht nur die Oktobernacht und der fahle Schein der Straßenlaterne, der alle Gesichter ähnlich macht.

Der Krieg ist es, dieselben Sorgen sind es: „Ich habe die Gasrechnung noch nicht bezahlt; drei Pfund Kartoffeln kosten dreißig, der Kohl fünfundschwanzig, wenn ich dazu das halbe Pfund Fleisch bekomme — die Schuizen ihrer hat Glück gehabt, einen Schuß durchs Bein — wo kriegt ich nur ein Bett her, ich kann den Jungen doch nicht mehr bei mir schlafen lassen, wo ich die Schwindsucht habe und jetzt die Narbe wieder aufgebrochen ist — die Liese ist schon so ein großes Mädel, wenn ich sie mit der Schule freibekomme, kann sie mir verdienen...“

In trübem Dämmern versunken stehen die Reihen da.

Nur wenn eine Frau austreten muß, wenn ein Kind von zu Hause nachkommt und mit heißem Wasser gefüllte Steinkruken zum Wärmen der Füße bringt, oder wenn einer — wie es nicht selten vorkommt — erschöpft zusammenklappt, dann wachen die Umstehenden aus ihrem Dösen auf.

Ein feiner Regen geht nieder, und alle kriechen noch enger aneinander. Sie haben die Luft ihrer überfüllten Wohnungen mitgebracht, die Miasmen der an ihnen freisenden Krankheiten. Läuse, Krätze, Furunkulose, Flechten — es gibt keine Seife mehr in Deutschland, nur fettlosen Seifenersatz aus Ton und Sand. Der Gestank offener Abzesse, der Geruch ungewaschener Kleider, der kalte Dunst schlechten Tabaks mischt sich mit den Dämpfen des Schlachthofes und bleibt wie eine schwere Wolke in der Masse hängen.

Die Menge unter der Laterne wird agestört. Ein paar Jugendliche drängen sich zur Mauer durch; einen Kleinstertopf haben sie bei sich und Anschlagzettel, von denen sie einen ankleben.

Auch die um Trude Müller herum werden wach. (Fortsetzung folgt.)

An die deutsche Arbeiterklasse

Arbeiter! Genossen!

Der Terror der Faschisten durchtobt das Land. Mit Dolch und Revolver, mit Handgranaten und Brandbomben wütet die braune Pest gegen die Arbeiter. Nach Hunderten zählen die Todesopfer, niedergestreckt von den SA-Banden, nach Tausenden die Verwundeten. Immer neue, immer verrücktere Methoden werden angewandt. Die Provokationen zu Straßenkämpfen, bei denen eine Uebermacht bewaffneter Banditen über friedliche Arbeiter herfiel, sind abgelöst und ergänzt worden durch den gemeinen Meuchelmord. Täglich Attentate auf Arbeiter, Arbeiterführer, Arbeiterzeitungen, Arbeiterlokale, Gewerkschaftshäuser. Täglich wird die Arbeiterschaft durch neue Schreckensnachrichten alarmiert. Heute werden einzelne Städte, einzelne Provinzen heimgesucht von Brandstiftern und Mordgesindel. Morgen wird ganz Deutschland das Revier für Kopfkücher sein, denen der klassenbewußte Arbeiter Freiwillig ist.

Wozu diese Raserie des Verbrechens, wozu die Leichenhaufen? Die Arbeiterklasse soll eingeschüchtert, gelähmt und desorganisiert werden, damit sie eine leichte Beute der faschistischen Herrschaft wird.

Die deutsche Arbeiterklasse soll ans Hakenkreuz geschlagen werden.

Denn nur auf diese Weise kann die Kapitalistenklasse ihr bankrottetes Wirtschaftssystem noch aufrechterhalten. Nur wenn mit blutigem Terror jede Widerstandskraft des Proletariats erstickt, wenn der Urquell der proletarischen Kraft, die Organisationen, zerstört wird, wenn die Arbeiterklasse willenlos und ohnmächtig jedes Joch auf sich nehmen muß, können die Kapitalisten hoffen, den Kampf um den Profit auf dem Weltmarkte erfolgreich zu führen.

Arbeiter! Welches Schicksal droht euch?

Heute hat Deutschland — nach den offiziellen Angaben des Instituts für Konjunkturforschung — 7½ Millionen Arbeitslose.

Im nächsten Winter werden es mindestens 9 Millionen Arbeitslose sein.

Heute erhalten die Opfer der Krise Unterstützungen, die tief unter den Sätzen stehen, für die sie jahraus, jahrein gesteuert haben. Nach dem Zeugnis des davongejagten Reichskanzlers Brüning ist die Unterstützung für die ganze Familie eines Arbeitslosen von 90 Mark monatlich im Jahre 1928 auf 50 Mark am Ende seiner Regierungszeit gefallen. Die Regierung der Barone, Trustkapitalisten und Militärs hat inzwischen Unterstützungssätze und Unterstützungsdauer weiter ungeheuerlich gekürzt. Aber die Hungerpfennige von heute werden morgen nur noch eine Erinnerung sein.

Denn die ganze Sozialversicherung ist bankrott. Erwerbslosen- und Krankenversicherung, Alters- und Kriegerrenten, die jämmerlichen Unterstützungen für Witwen und Waisen sollen eingeschrottet werden. Mögen die Millionen überflüssiger Menschen zugrunde gehen, dahinsterven, zum Strick und nach dem Gashahn greifen! Die Ausbeuter wollen leben. Und was aus den Hungernden herausgepreßt wird, das wird den Großkapitalisten in Landwirtschaft und Industrie millionen- und hundertmillionenweise in den Schoß geschüttet.

Ein neuer Angriff auf die Löhne steht bevor. Es wird nicht der letzte sein. Schon sind die wirklich gezahlten Löhne auf die Hälfte des Niveaus gesunken, das sich die Arbeiterklasse in schweren Kämpfen erobert hatte. Die Unternehmercliquen aber verkünden bereits das Ziel, das sie mit Gewalt und Terror erreichen wollen: Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse soll auf den Stand herabgedrückt werden, zu dem der „Retter“ Mussolini das italienische Proletariat verurteilt hat. Was das heißt? Die Reallöhne der italienischen Arbeiter stehen im Durchschnitt um ein Drittel tiefer als die heutigen Reallöhne der deutschen Arbeiter. Von den Millionen italienischer Arbeitsloser erhält nur ein Viertel ein paar Bettelpennige Unterstützung. Drei Viertel der Arbeitslosen liegen ohne jede Hilfe auf der Straße.

Wie hier das italienische Beispiel zum Muster genommen wird, so auf anderem Gebiete das bulgarische und rumänische. Die Arbeitsdienstpflicht wird Schritt für Schritt verwirklicht. Das ist die staatliche Organisation von Streikbrechergarden. Das ist die Staatsklaverei für die Arbeiterschaft. Das ist die Einleitung zur allgemeinen Wehrpflicht, die Vorbereitung des nächsten Krieges, des Krieges gegen Sowjetrußland, für den die kapitalistischen Mächte mit Hochdruck arbeiten.

Ein Proletariat, entrechtet und entwaffnet, versklavt und ausgeplündert, unter Blutgesetzen gestellt und jeder Kultur beraubt. Breite Massen von Bauern und kleinen Geschäftsleuten in den Bankrott getrieben und ins hungernde Proletariat hinabgestürzt. Die Wirtschaft tiefer zersetzt und das kapitalistische System nur durch ständige offene Gewalt zusammengehalten —

das ist das Dritte Reich, in das euch die Nationalsozialisten hineinführen wollen.

Die Gefahr ist zum Greifen nahe. Wohl zögern die Nazis noch, die politische Gewalt offen und ganz in ihre Hand zu nehmen. Mit gutem Grund, denn heute noch würden sie von der Arbeiterklasse niedergeworfen werden. Aber sie sind die Stützen und Kommandeure der Regierung Papen-Schleicher. Und wenn diese Regierung jetzt Todesstrafen gegen die Terroristen einführt, so sagt die ganze Erfahrung der letzten anderthalb Jahrzehnte und selbst der „Vorwärts“ muß es aussprechen, daß solche Drohungen nur gegen verzweifelte Arbeiter, niemals aber gegen die Schutzgarde des Kapitals verwirklicht werden.

Wie auch die Regierungsfrage nach diesen Reichstagswahlen gelöst werden wird, selbst die Scheindemokratie, die einst in Deutschland galt, ist dahin. Die

Staatstreicher werden vor dem Volkswillen nicht kapitulieren, wenn er sich nur in Wählerstimmen ausdrückt. Und ob die Nationalsozialisten in die Regierung eintreten oder irgendeine Regierung unterstützen, sie werden eine andere Koalitions- und Tolerierungspolitik treiben als die Sozialdemokraten. Sie werden diese Politik benutzen, um sich Stück für Stück des wirklichen Gewaltapparates des Staates zu bemächtigen. Schon sind in Oldenburg und Braunschweig SA-Formationen in die Polizei eingegliedert, und bald werden in ganz Deutschland dieselben Landsknechtstrüppe die kapitalistische „Ordnung“ in die Hand nehmen, die mit Brand und Mord im Lande wüthen.

Noch hat die Arbeiterklasse die Kraft, den Faschismus zu schlagen.

Aber sie muß alle feigen Illusionen aufgeben. Keine Hoffnung auf die Länderregierungen, die heute eine klägliche Opposition gegen Papen und Schleicher treiben. Keine Hoffnung auf das Zentrum. Diese Kräfte werden stets gegen die Arbeiterklasse stehen, wenn das kapitalistische Interesse es verlangt, und schon zeigen sie ihre Bereitschaft zur Kapitulation vor dem Faschismus.

Arbeiter, denkt daran, wie schmählich die Hoffnungen auf Severings Polizei zu Schanden geworden sind.

Vertraut allein auf eure eigene Kraft, die unbezwingbar ist, wenn ihr kämpfen wollt und einig seid.

Überall im Reiche ist der heiße Drang in der Arbeiterschaft, sich zusammenzuschließen gegen die drohenden furchtbaren Gefahren, allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz. Aber überall sehen wir, wie die Instanzen sowohl der SPD wie der KPD versuchen, die Ansätze zur Einheitsfront zu zerschlagen und statt des Lebensinteresses der Klasse zu verfechten, engstirnigen Cliqueninteressen der Bürokraten zu dienen.

Folgt eurem gesunden Verstand, der euch an die Seite eures Klassengenossen treibt, und duldet nicht, daß ihr wieder von verantwortungslosen Politikanten auseinandergerissen werdet, die sich Führer nennen. Wir wissen, daß die Gegensätze in der Arbeiterbewegung nicht mit einem Schlage überwunden werden können. Doch wo es sich um die Verteidigung des Lebens der Arbeiterklasse handelt, haben alle klassenbewußten Arbeiter das gleiche Interesse.

Wo ihr getrennt marschiert, seid ihr ohnmächtig.

Nur die einheitliche Klassenfront gibt euch Macht.

Denkt daran, daß die SPD am 20. Juli schmachvoll kapituliert hat. Denkt daran, daß die KPD mit ihren mehr als 5 Millionen Wählern unfähig war auch nur zur kleinsten Tat.

Durch den Druck der Arbeiter müssen die Führer gezwungen werden, den Widerstand gegen die Einigung der Arbeiterklasse für den Kampf aufzugeben. In allen Organisationen, in den Parteien, den Gewerkschaften, den Abwehrorganisationen, den Sportverbänden usw. muß dieser Druck von unten lebendig gemacht werden. Wirkt überall in den Betrieben, in den Stempelstellen und wo sich sonst Arbeiter zusammenfinden, für die Klassenfront des Proletariats.

Sorgt unermüdet dafür, daß die Gewerkschaften wieder erfüllt werden vom Willen zum Kampfe

gegen die Lohnoffensive des Unternehmertums
gegen den Unterstützungsraub
gegen die Zwangsarbeit
für starke Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnsenkung
für großzügige Arbeitsbeschaffung.

Schließt überall Reichsbanner, Antifaschistischen Kampfbund und Sozialistischen Schutzbund zu einer Einheit zusammen, die nach gemeinsamem Plan die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den faschistischen Terror übernimmt.

Organisiert in allen Stadtvierteln den Schutz der Arbeiter, der zu jeder Stunde bereit steht zum Kampfe.

Schließt alle Arbeiterorganisationen zusammen zu antifaschistischen Kartellen, zur geschlossenen Front des Proletariats.

Für diese Ziele hat sich die Sozialistische Arbeiter-Partei mit all ihrer Kraft eingesetzt.

Wo die Arbeiter sich zusammenschlossen, war sie es meist, die die Initiative ergriff, die weitblickend und energisch gegen alle Hemmnisse anrannte und die Einheitsfront an vielen Orten gegen alle Tücken festigte. Sie allein hat sich in ihrem ganzen Wirken von dem leiten lassen, was nach Karl Marx die Richtschnur einer revolutionären Partei sein muß: das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse.

Darum Arbeiter, schließt euch der Sozialistischen Arbeiterpartei an. Hört auf ihre Warnungen, folgt ihrem Ruf. Kämpft mit ihr.

Schulter an Schulter, enger zusammengedrückt.

Noch ist es Zeit. Sorgt, daß es nicht zu spät wird.

Im mutigen Kampf, in geschlossener Front liegt euer Sieg!

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Gewerkschaften und politische Parteien

Wie kann und muß eine revolutionäre Partei auf die Gewerkschaften einwirken?

Nachstehenden Artikel entnehmen wir dem Kapitel VI des vor kurzem erschienenen „Roten Gewerkschaftsbuches“. Der Inhalt des Buches wird in dem am kommenden Sonnabend und Sonntag in Breslau stattfindenden Gewerkschaftskursus gründlich behandelt.

Ueber die Art, wie eine revolutionäre Partei auf die Gewerkschaften einwirken kann und soll, hat der III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921 eine Formulierung gegeben, die zwar von der heutigen KPD-Führung längst vergessen ist, die aber vom wirklich revolutionären Standpunkt aus auch heute noch wegsendend ist. In den politischen Thesen des III. Weltkongresses heißt es:

„Die Partei muß verstehen, ihren entscheidenden Einfluß auf die Gewerkschaften ausüben zu können, ohne die Gewerkschaften kleinlich bevormunden zu wollen. Der Partei untersteht nur die betreffende kommunistische Zelle in der Gewerkschaft, nicht aber die Gewerkschaft als solche. Nur durch die dauernde, aufopfernde und einsichtsvolle Arbeit der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften kann und soll die Partei einen solchen Stand der Dinge erreichen, wo die Gewerkschaften als Ganzes mit Freude und Bereitschaft den Ratschlägen der Partei folgen.“

Seit die Arbeiterklasse in Deutschland in mehrere politische Parteien gespalten ist, ist die Frage des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft zwar komplizierter geworden, aber im Wesen muß sie in der gleichen Weise beantwortet werden.

Die Spaltung der Arbeiterklasse in mehrere Parteien ist der Ausdruck dafür, daß die Ansichten über Ziel und Wege des politischen Befreiungskampfes des Proletariats grundverschieden sind. Der endgültige Sieg über das Kapital hat aber zur Voraussetzung, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse von einem einheitlichen Boden aus kämpfen, d. h. also, sich für die Führung nur einer dieser Parteien entschieden haben muß. Da jedoch die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit vom proletarischen Klassenstandpunkt aus lebensnotwendig ist, so müssen die Gewerkschaften heute gegenüber den verschiedenen Parteien der Arbeiterklasse parteipolitisch neutral sein. Dementsprechend wurde auch auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress im Jahre 1919 beschlossen. In der angenommenen Resolution wird nach einem Hinweis auf das im Jahre 1906 zwischen der Sozialdemokratie und der Generalkommission der Gewerkschaften auf dem Mannheimer Parteitag getroffene Abkommen, wonach bei wichtigen die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse betreffenden Fragen die Zentralleitungen sich vorher verständigen sollen, ausgesprochen, daß dieses Abkommen eine einheitliche politische Interessenvertretung der deutschen Arbeiter zur Voraussetzung hatte. Dann heißt es wörtlich:

„Diese Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongress sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stofkraft ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften, nicht schwächen. Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge berufliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken. Sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des deutschen Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.“

Von diesem Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses sind die Gewerkschaftsinstanzen aber längst abgekommen. Seit einer Reihe von Jahren mißbrauchen sie den Apparat und die Mittel der Gewerkschaften ganz offen in der ungenügendsten Weise für die Zwecke der Sozialdemokratischen Partei. Dagegen muß im Interesse der Gewerkschaften selbst der schärfste Kampf geführt werden. Die organisierten Sozialdemokraten bilden in den Gewerkschaften eine Minderheit. Aber selbst, wenn die Mehrheit mit der SPD sympathisieren sollte, kann und darf man den andern nicht zumuten, daß ihre Beiträge zur Unterstützung einer Partei Ver-

wendung finden, deren Wirken als vom proletarischen Standpunkt aus als überaus schädlich betrachten. Aber nicht nur aus diesem taktischen Grunde muß gegen die Unterordnung der Gewerkschaften unter die SPD gekämpft werden. Am Ende wäre sachlich gegen die Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Gewerkschaften nichts einzuwenden, wenn die sozialdemokratische Politik den Interessen der Arbeiter und damit auch der Gewerkschaftsbewegung entsprechen würde. Das ist aber absolut nicht der Fall. Die SPD hat den marxistischen Klassenkampfstandpunkt verlassen (wenn auch nicht überall in Worten), — sie hat Schritt für Schritt die Positionen der Arbeiterklasse im Interesse der „Vollgemeinschaft“ preisgegeben. Sie ist so sehr gegen ihren Willen zur Schrittmacherin des Faschismus geworden. Die Gewerkschaften so, wie das tatsächlich seit Jahren geschieht, ins Schlepptau der SPD-Politik zu nehmen und darüber hinaus sogar noch die Mittel der Gewerkschaften für die Propaganda der Sozialdemokratie zu miß-

nur politisch geknebelt, sondern wenn auch ihre Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, als die gefährlichsten Widerstandszentren, zerstört werden. Diese Bedingungen zur Sicherung der kapitalistischen Ausbeutung in der Endphase des Kapitalismus zu schaffen, ist die Aufgabe, zu deren Lösung das Kapital den Faschismus benützt. Darum besteht zwischen Faschismus und selbständigen Gewerkschaften ein Gegensatz auf Tod und Leben. Darum ist der Faschismus bestrebt, an Stelle wirklicher Gewerkschaften staatliche Organisationen nach italienischem Muster zu errichten, deren Zweck nicht die Wahrung der Arbeiterinteressen ist, sondern die im Gegenteil dazu bestimmt sind, dem faschistischen Staat die rigorosste Knebelung und Ausplünderung der Massen zu ermöglichen. Die Gewerkschaften müssen daher die schärfste Kampfstellung gegen den Faschismus einnehmen.

In letzter Zeit ist verschiedentlich die Frage einer Vereinigung der freien Gewerkschaften mit den auf bürgerlicher Grundlage

Breslau Breslau Wochenendkursus der Partei!

Wochenendkursus der Partei für Funktionäre der freien Gewerkschaften

Sonnabend, den 13. August, Beginn 20 Uhr
Sonntag, den 14. August, Beginn 10 Uhr

Tagungsort Zentralballsaal.

Zur Teilnahme verpflichtet sind alle Mitglieder der SAP, die Funktionen in den freien Gewerkschaften, im Ortsausschuß, in den Delegierten-Versammlungen usw. haben. Als Gäste können alle SAP-Mitglieder teilnehmen. Die Leitung dieses Wochenendkurses hat der Genosse August Enderle, Berlin. — Zugrundegelegt wird das rote Gewerkschaftsbuch der marxistischen Büchergemeinde.

Unkostenbeitrag für Verdienende RM. 0.20, für Erwerbslose RM. 0.10.
Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches.

brauchen, und sie, wie dies zum Beispiel bei den Gemeindearbeitern vorgekommen ist, aus Rücksicht auf die Koalitionspartner zum Verzicht auf ihr Notwehrrecht zu veranlassen, ist daher in doppelter Hinsicht geradezu ein Verbrechen an den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführer, die das tun, tragen damit objektiv weit mehr zur Zerstörung der Gewerkschaften bei, als das von der anderen Seite her die heutige KPD-Führung mit ihrer Politik tut.

Es muß aber betont werden, daß die im gewerkschaftlichen Interesse dringend notwendige parteipolitische Neutralität nicht die politische Neutralität bedeuten kann und darf. Aus zwei Gründen, wofür jeder für sich allein ausreichend wäre, sind die Gewerkschaften heute vielmehr verpflichtet, ihre Machtmittel auf politischem Gebiet gegen die Kapitalherrschaft und alle bürgerlich-kapitalistischen Parteien einzusetzen. Dazu sind die Gewerkschaften gezwungen, einmal weil sie angesichts der gewaltigen Kapitalkonzentration, der erschwerten Existenzbedingungen des niedergehenden Kapitalismus, angesichts einer nach vielen Millionen zählenden Erwerbslosen- und Kurzarbeiters-Armee, im nurgewerkschaftlichen Kampf keine ausreichende Möglichkeit mehr haben, dem Unternehmertum Zugeständnisse abzurufen und weil sie folglich ihre ureigenen Aufgaben nur noch erfüllen können, wenn sie das Kapital von der politischen Seite aus angreifen. Der andere Grund ist der, daß heute in Deutschland die gesamte Lohnpolitik von politischen Faktoren bestimmt wird. In einer Epoche, wo durch eine einzige Notverordnung der Lohn sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem Schlag um Milliarden Mark gekürzt wird, erubriert sich jede weitere Beweisführung für die Notwendigkeit des Einsatzes der gewerkschaftlichen Macht auf politischem Gebiet.

Die geforderte parteipolitische Neutralität kann natürlich auch nicht Neutralität gegenüber den bürgerlichen Parteien und den Faschisten bedeuten. Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben schließt im Gegenteil eine klare Kampfstellung gegen die bürgerlichen Parteien ein. Dem Faschismus, diesem Todfeind der Gewerkschaftsbewegung, gegenüber kann es nur schonungslosen Kampf geben. Gelegentliche gewerkschaftsfreundliche Äußerungen aus dem Lager des Faschismus dürfen nicht darüber täuschen, daß die Zerstörung der Gewerkschaften zu den wesentlichsten Aufgaben des Faschismus gehört. Die Aufrechterhaltung des bankrotten kapitalistischen Systems erfordert eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung der proletarischen Massen. Das ist nur durchführbar, wenn die Arbeiterschaft nicht

entstandenen und heute noch stehenden christlichen und Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften aufgerollt worden. Eine solche Vereinigung wäre aufs wärmste zu begrüßen, wenn diese Organisationen ihren bürgerlichen Standpunkt preisgeben und sich grundsätzlich auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes stellen würden. Aber davon ist nicht die Rede. Insoweit zwischen den erwähnten Organisationen und den freien Gewerkschaften eine Annäherung erfolgte, ist diese dadurch zustande gekommen, daß sich die freien Gewerkschaften dem Standpunkt ihrer früher so heftig befürchteten Gegner immer mehr angenähert haben. Schon im August 1914 haben sich die Gewerkschaftsspitzen aller Richtungen auf dem Boden der Burgfriedens- und Durchhaltepolitik zusammengefunden, und seitdem verfolgen sie allesamt mit verhältnismäßig geringfügigen Differenzen dieselbe staatsbehaltende Politik. Aus diesem gemeinsamen Boden sind auch die Einigungsbestrebungen entsprossen. An einer Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen auf diesem Boden hat die revolutionäre Arbeiterschaft kein Interesse. Sie muß sie vielmehr als schädlich ablehnen.

Nicht die Einigung von oben, nicht die Einigung zwecks Stützung des bankrotten kapitalistischen Systems und seiner Regierungen gilt es anzustreben, sondern die Einigung der Massen zum Kampf ums Brot, gegen Kapitalismus und Faschismus und für den Sozialismus. Um die Methode, die zu einer wirklichen Einigung der Massen und zu einer tatsächlichen Kampfgemeinschaft führt, zu veranschaulichen, wollen wir wiedergeben, was Rosa Luxemburg am 1. Oktober 1910 den Metallarbeitern in Hagen zugerufen hat:

„Es gibt kein sicheres Mittel, die großen Scharen der geführten Arbeiter von ihren bürgerlichen Führern und den Christlich-sozialen und anderen Verbänden loszulösen, als eine große Massenaktion. Denn, Genossen, je mehr Massenbewegungen kommen, je mehr es sich im Kampfe um die Grundinteressen des Proletariats handelt, um so mehr müssen sie erkennen, daß die ganze Politik ihrer Führer in Wirklichkeit nichts als eine Nasführung ist.“

Die Erhaltung und die Aufgabenerfüllung der Gewerkschaften erfordert, daß die oppositionellen Mitglieder gegen die SPD-Politik in den Gewerkschaften den schärfsten Kampf führen und zugleich unter Betonung der Ueberparteilichkeit der Gewerkschaften dafür eintreten, daß die Gewerkschaftsmitglieder, ganz gleich, wie sie politisch gesinnt sind, die Möglichkeit haben, beim Ringen um eine richtige Gewerkschaftstaktik mitzuwirken und auf die Gewerkschaftsbeschlüsse Einfluß auszuüben.

Bankrott der Beamtengenossenschaft

Berlin, 9. August

Der Beamten-Wirtschafts-Verein zu Berlin e. G. m. b. H., Berlin, hat sich im Interesse der Sicherstellung ihrer Gläubiger, in erster Linie ihrer Sparer, genötigt gesehen, die Zahlungen einzustellen. Sie erstrebt einen Vergleich, der auf eine volle Befriedigung besonders der Spargläubiger abzielt.

Die gegenwärtige Illiquidität der Genossenschaft ist auf die Schumpfung des Sparkassenbestandes zurückzuführen. Die Genossenschaft hatte 1929 einen Sparkassenbestand von 16 1/2 Mill. RM., von dem damals die Hälfte flüssig gehalten war. Auf ihrem Rücken wurde zunächst die besondere Berliner Vertrauenskrise abgewehrt, die im Sommer und Herbst 1929 durch den Zusammenbruch verschiedener Geldinstitute mit Beamtenfirmen hervorgerufen wurde. Die Folgen dieser Krise waren damals leicht zu überwinden. Im April 1931 war das Gleichgewicht der Sparkassen des Beamten-Wirtschafts-Vereins wieder hergestellt, aber die Folgen der allgemeinen Bankenkrise haben bis heute nachgewirkt. Da der Sparkassenbestand heute noch 8 Mill. RM. beträgt, sind unter Berücksichtigung der seit April 1929 zugeschriebenen Zinsen rund 11 Mill. RM. bei zur Auszahlung gelangt, also Anforderungen erfüllt worden, denen unter den heutigen Verhältnissen nur wenig Institute gewachsen sind. — Die Vorbereitungen zur Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens sind im Gange. Der Warenverteilungsvertrieb wird uneingeschränkt aufrechterhalten.

Bolivien

Ein neuer Schritt der Neutralen im bolivianisch-paraguayischen Konflikt

Washington, 10. August.

(Reuter.) Die neutralen Mächte haben an Bolivien eine neue Note gerichtet, deren Inhalt zwar nicht bekanntgegeben worden ist, doch glaubt man, daß die Mächte sich damit einverstanden erklärt haben, daß Bolivien vorübergehend drei Forts, die es den Paraguayern genommen hat, besetzt hält.

Scharmützel im Chaco

Santiago de Chile, 10. August.

Nach einem amtlichen Communiqué, das die bolivianische Regierung veröffentlicht hat, haben die Paraguayern einen Ausfall aus dem Fort Rojas Silva gemacht und einen kleinen vorgeschobenen bolivianischen Posten angegriffen, sich dann aber fluchtartig zurückgezogen.

Kleine Sportnachrichten

An alle Jugendleiter der Kartellvereine. Betr. Jugendvolksbühne! Alle Jugendleiter holen im Büro des Arbeiter-Sportkartells die Prospekt der Volksbühne bis Sonnabend, den 13. August, ab. Anmeldungen zur Jugendvolksbühne müssen bis zum 20. August in der Geschäftsstelle, Schwelldorfer Str. 8a, Eingang Karlstr., in der Zeit von 10—14 und 16—19 Uhr, Mittwoch und Sonnabend durchgehend von 10—19 Uhr, die erste Vorstellung findet voraussichtlich Anfang September statt.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Alle Abteilungen holen sofort das Material für die nächste Zeit beim Gen. Seewald, Sportzentrale, ab. — Die für Donnerstag, den 18. August, einberufene Übungsstunde für Geräteturner in der Turnhalle Steinar, findet erst acht Tage später, also am 25. August, statt.

ORGANISATIONSNACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Zum Wochenendkursus für SAP-Funktionäre der Freien Gewerkschaften sind auch die Genossen aus dem Bezirk eingeladen. Meldungen sind sofort dem Parteibüro zu übermitteln zur Schaffung von Nachtquartieren.

ISJ

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Freidenkjugend Breslau, Gruppe Südost.
Achtung! Heute ab 19.30 Uhr im Heim Taubentanzstraße Gruppenabend mit dem Thema: „Oelkrieg in Südamerika“. Außerdem Mitgliederversammlung.
Monatliche Jugend, Helm 1, Grünstr. 14/16. Heut 19.30 Uhr ist alles im Heim. Kollai spricht in einer Arbeitsgemeinschaft über: „Verfassungsveränderung“
Gäste willkommen.
Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Str. 45. Heut 19.30 Uhr bunter Abend. Alles erscheinen.

Verantwortlich: R. Pflaß Breslau; für Inserate Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Berlin

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 17 Wald 3422

Freitag, 12. August
8.30 Uhr
Herzdame

Gartenblüme
Freitag, 12. August
5.30 Uhr
Kasseri und Varieté
8.15
Prüfungskasseri



Breslau

KABA billiger!

zu haben bei:

Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren

Karl Kirchner

Edel-Geschäft — Grandenburgerstraße 21

„Der Klassenkampf“

Die Monatschrift für den klassenbewußten Arbeiter

Vierteljährlich 1.35 Mk.
Einzelnummer 0.45

Werbt Abonnenten

KAFFEE HAG

10 % billiger!

Das große Paket RM 1.45
Das kleine Paket RM 0.73

zu haben bei:

Joh. Hammerling

Grünstraße 15/Ecke Palmstraße

Edel-Geschäft • Kolonialwaren • Weine • Spirituosen